

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 371 Postulat Bärtsch Korintha und Mit. über eine innovative Hofdüngerverwertung im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Sandra Meyer-Huwyl er beantragt Ablehnung.
Korintha Bärtsch hält an ihrem Postulat fest.

Korintha Bärtsch: Im Alter von 21 Jahren habe ich in der Biochemievorlesung an der ETH bei Professor Zeyer, übrigens einem Luzerner, das erste Mal vom Nährstoffkreislauf gehört: Stickstoff, Kohlenstoff, aber auch Phosphor. Dieses Prinzip hat mich nicht mehr losgelassen. Es ist extrem wichtig und spannend, ist doch dieser Nährstoffkreislauf die Grundlage unseres Lebens, des Wachstums von Tier und Pflanzen und auch essenziell für die Landwirtschaft und unsere Lebensgrundlage, die Lebensmittel. Eigentlich ist ganz einfach zu verstehen, wo die Probleme beginnen, wenn man neue, zusätzliche Nährstoffe ins System bringt, also zum Beispiel Kunstdünger. Es gibt zu viele Nährstoffe, also eine Überdüngung, die negative Auswirkungen verschiedenster Art hat. Es ist der Aspekt der Forschung, die Challenge, eine Möglichkeit zu finden, wie man die Nährstoffkreisläufe schliessen kann, die mich als Naturwissenschaftlerin faszinieren. Politisch ist es aber für mich und uns Grüne klar, dass wir eine Nährstoffwende brauchen. Wir müssen auch bei den Nährstoffen Phosphor und Stickstoff zukünftig in einer Kreislaufwirtschaft denken und auch so handeln. Wir müssen die Nutzung der Nährstoffe stärker mit der Entsorgung verknüpfen und den Kreislauf wieder geschlossen halten. Wir müssen versuchen das so zu tun, dass es im gesamten landwirtschaftlichen System funktioniert und auch die ökonomischen Realitäten der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Nun hat der Bund das Ressourcenprojekt «Mineraldünger-Stickstoff durch Hof- und Recyclingdünger ersetzen» in Gang gesetzt. Ein wichtiges Projekt, das eben genau das in einer guten Art und Weise tut und die Landwirtschaft stärkt. Es ist doch erstaunlich, dass der Kanton Luzern mit seiner ausgeprägten Landwirtschaft und der Nährstoffproblematik nicht an vorderster Front dabei ist, sondern auf der Tribüne und sogar nicht einmal auf der Ersatzbank sitzt. Er schaut zu, anstatt aktiv dabei zu sein. Letztens sagte mir ein CEO eines grösseren Unternehmens in einem Gespräch, der Unterschied zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft liege darin, dass die Wirtschaft und die Unternehmen eben die Perspektive des Machens hätten, dass sie einfach einmal etwas tun und ermöglichen wollen, während die Verwaltung immer die Stolpersteine oder den Fehler sucht, dass etwas nicht möglich ist. Selbstverständlich widersprach ich sofort und sagte, die Verwaltung habe die Aufgabe des Gesetzesvollzugs und müsse prüfen, ob etwas

überhaupt bewilligungsfähig sei. Als ich aber die Stellungnahme des Regierungsrates gelesen habe, ging mir genau diese Aussage durch den Kopf. Der Regierungsrat erklärt dreimal, weshalb der Ersatz von Mineraldünger durch Hof- und Recyclingdünger schwierig ist, aber nur einmal, dass Chancen bestehen. Wir Grünen sehen in der Hofdüngerverwertung einen wichtigen Schritt in dieser Problematik des Nährstoffüberschusses. Letzte Woche habe ich gesagt, dass wir mit unserem Klimafonds, mit den zusätzlichen 12 Millionen Franken, die wir einsetzen wollten, klotzen und nicht kleckern wollen. Hier wäre eine perfekte Möglichkeit, um etwas Innovatives für das Klima, die Umwelt und die Landwirtschaft zu tun. Wir möchten hier einen Schwerpunkt setzen und fordern den Regierungsrat auf, nicht einfach abzuwarten, bis 2030 die Resultate aus dem Kanton Aargau vorliegen, sondern aktiv Ressourcen und finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen, um damit eine innovative Landwirtschaft zu fördern und die notwendigen Schritte einzuleiten. Deshalb bitte ich Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Sandra Meyer-Huwyl: Wir von der SVP sind technologieoffen und unterstützen Innovationen, wenn sie Sinn machen. Wir sind aber ganz klar gegen noch mehr Bürokratie und allfällige Kosten, die wieder an der Landwirtschaft hängen bleiben. Es geht hier um ein sehr innovatives Projekt, dem wir eine gewisse Sympathie entgegenbringen können. Wir haben aber sehr intensiv darüber diskutiert und sind zum Schluss gelangt, das Postulat abzulehnen. Grund 1: Die fehlenden Rahmenbedingungen des Bundes. Zuerst sollen die Ergebnisse des nationalen Ressourcenprojekts «Mineraldünger ersetzen» abgewartet werden. Die Massnahme, die im neuen Planungsbericht Klima und Energie 2026 erscheinen soll, stellt für uns eine Wundertüte dar. Es ist schwierig zu definieren, was auf uns zukommt. Man muss auch nicht immer die Vorreiterrolle übernehmen. Grund 2: Das im Postulat beschriebene Problem, die nächsten Überschüsse in der Landwirtschaft, ist gar dramatisch dargestellt. Jeder Betrieb muss eine ausgeglichene Nährstoffbilanz ausweisen. Es stimmt, dass es gewisse Transporte mit grösseren Mengen an Nährstoffen in andere Kantone gibt. Aber es geht auch anders. Ein Beispiel: Unser Landwirtschaftsbetrieb befindet sich im Seeinzugsgebiet des Baldeggersees. Deshalb können wir nur mit maximal 80 Prozent Phosphor abschliessen und die Nährstoffe werden transportiert. Unser Ziel ist aber immer, so nah wie möglich. Mein Mann führt den wertvollen Hofdünger in Form von Gülle direkt auf das Feld eines Nachbarlandwirts, natürlich mit dem Schleppschlauch. Wir melden dies im HODUFLU, der Webanwendung zur einheitlichen Verwaltung von Hof- und Recyclingdüngerverschiebungen in der Landwirtschaft, und der andere Landwirt bestätigt die Lieferung. Ein kleiner administrativer Aufwand, der machbar und ganz einfach ist. Grund 3: Zielkonflikt Hofdünger und Mineraldünger. Der Mineraldünger kann gezielter eingesetzt werden und ist wichtig im Ackerbau. Ziel ist es, möglichst gute Erträge mit guter Qualität der Produkte zu erzielen. Grund 4: Wir stellen die Wirtschaftlichkeit in Frage, denn für Landwirtschaftsbetriebe sind solche Anlagen kaum realisierbar, ausser vielleicht für Lohnunternehmer. Der Landwirt wird nicht der Gewinner sein und das neue Produkt noch viel teurer als Mineraldünger. Und wie so oft: Was freiwillig eingeführt und von einigen Pionieren aufgebaut wird, wird in der Landwirtschaft nach einer gewissen Zeit ein Muss. Es ist also denkbar, dass die Hofdüngerabgaben an andere Betriebe, eine Aufbereitung und Herstellung verschiedener Hofdüngerprodukte, schon in wenigen Jahren Pflicht wird. Bezahlen darf es der Bauer und Profiteure dürften die Lohnunternehmen sein. Wehret den Anfängen. Wir sehen die Lösung eher in einem höheren Abbau mit innovativen Projekten, statt der Finanzierung von Förderungen. Das würde den Unternehmensgeist stärken. Zu guter Letzt: Zuerst fördern, dann fordern und zum Schluss vorschreiben, so wird gewisse Politik gemacht. Daher lehnt die SVP-Fraktion das Postulat konsequenterweise ab.

Martin Birrer: Am vorletzten Freitag habe ich beim Güllen auch auf einen innovative Hofdüngerverwertung gehofft, nachdem mir die Gülle aus einem defekten Schlauch direkt ins Gesicht spritzte. Aber grundsätzlich finde ich das Güllen eine gute Sache. Gülle ist im Kreislauf der landwirtschaftlichen Produktion ein wichtiges Puzzle. Wer güllt, vernichtet nicht nur Gülle, wer güllt, lässt wachsen. Gegen Innovationen gibt es grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Frage sei erlaubt, welche Innovationen gut sind und welche nicht. Dieser Vorstoss von Korintha Bärtsch geht in die richtige Richtung, es ist jedoch unweigerlich und wichtig, dass die Planungs- und Bauverordnung (PBV) und das Planungs- und Baugesetz (PBG) angepasst werden, so dass solche Projekte, beziehungsweise die Bauten dazu möglich sind. Im Moment sind solche Projekte nämlich nicht nur wegen der hohen Kosten kaum realisierbar, sondern auch weil ein Bau kaum bewilligt wird. Wenn diese Parameter angepasst werden, kann die Landwirtschaft trotz dem Ablehnungsantrag der SVP profitieren. Die FDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Hella Schnider: Die Mitte unterstützt grundsätzlich innovative Projekte, die neue Wege bei der Hofdüngerverwertung angehen. Hofdünger stellen einen zentralen Bestandteil des Nährstoffkreislaufs dar, weshalb ihrer nachhaltigen Verwertung grosse Bedeutung zukommt. Durch eine Aufarbeitung der Hofdünger lassen sich insbesondere Transport und Einsatz deutlich effizienter gestalten. Einerseits könnten so Mineraldünger ersetzt, andererseits Nährstoffeinträge in die Umwelt reduziert werden. Die dafür notwendigen Technologien sind allerdings heute kostenintensiv und hauptsächlich in Gemeinschaftsprojekten realisierbar. Zur praktischen Umsetzung ist bereits eine entsprechende Massnahme im Planungsbericht Klima und Energie in Erarbeitung. Weiterhin braucht es aber – wie von Martin Birrer bereits erwähnt – geeignete Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen, die auf kantonaler Ebene schnellstmöglich geschaffen werden sollten. Die angesprochenen innovativen Projekte werden von der Branche ausdrücklich unterstützt. Es ist für uns unverständlich, dass nun ein Ablehnungsantrag vorliegt. Die Mitte-Fraktion stimmt einstimmig der Erheblicherklärung zu.

Thomas Alois Hodel: Es freut mich von grüner Seite zu hören, dass man daran interessiert ist, Hofdünger effizient zu verwerten. Es irritiert mich aber, wenn man im gleichen Atemzug dafür einsteht, den Nutztierbestand um 20 Prozent zu senken. Leider ist unser Rat in dieser unseligen Klimasession den Grünen gefolgt und es ist so im Klimabericht festgehalten. Zum Postulat: Auf den ersten Blick fand ich die Idee gut. Wenn Martin Birrer Regierungsrat wäre, würde ich diesen Vorstoss unterstützen. In der gegenwärtigen Konstellation kann ich das aber nicht, denn ich weiss nicht, wie das Postulat ausgelegt und umgesetzt wird. Sie müssen wissen, dass die Landwirtschaft ein gebranntes Kind ist. Zudem kann es plötzlich zu einem Zwang kommen. Momentan kann ich die Gülle gemeinsam mit dem Nachbarn verwerten. Wir verwenden beispielsweise die Gülle eines grossen Schweinebetriebs. Das wird aber plötzlich nicht mehr gehen, weil wir die Phosphorgrenze erreicht haben und nur noch Stickstoff verwenden dürfen. Dadurch bin ich gezwungen, ein teures Produkt zu kaufen, das ich eigentlich gar nicht will. Eine einfache Lösung mit Naturdünger ist dann nicht mehr möglich, sondern der Naturdünger muss zuerst maschinell und mit viel Energie bearbeitet werden, und ich als Bauer muss dieses teure Produkt kaufen. Deshalb kann ich das Postulat nicht unterstützen.

Urs Brücker: Der Tierbestand im Kanton Luzern beläuft sich aktuell auf ungefähr 158 000 Grossvieheinheiten (GVE). 1 GVE entspricht einer 600 Kilogramm schweren Kuh. Brutto werden heute rund 250 000 Tonnen Gülle aus dem Kanton Luzern und damit pflanzlich verfügbare Stickstoffe, Nährstoffe, also Ammonium und Harnstoffe, sowie Phosphor in der Grössenordnung von 10 bzw. 14 Prozent des gesamten Nährstoffbedarfs

exportiert. Im Januar 2022 wurde das Postulat P 554 der GLP überwiesen. In der Folge gab der Kanton bei der Berner Fachhochschule eine Studie in Auftrag, die zu 65 Prozent durch den Kanton finanziert wurde. Darin wurde genau das Gleiche untersucht, was der Bund auch will. Der Kanton Luzern ist also ein absoluter Vorreiter und muss nicht auf den Bund warten. Quintessenz der Studie ist, dass die Menge von pflanzenlöslichem Stickstoff bei einer grossflächigen, anaeroben Vergärung von Hofdünger im Kanton Luzern um 5000 Tonnen gesteigert werden und damit der Bedarf an Mineraldünger um bis zu 1200 Tonnen reduziert werden könnte. Das steht in dieser Studie, ich bin nicht sicher, ob die Ergebnisse der Studie bereits bis zum Regierungsrat vorgedrungen sind. Mit dem Ersatz durch Recyclingdünger wird nicht nur Mineraldünger ersetzt, sondern auch der Ausstoss der Treibhausgase CH_4 und NH_3 , also Ammoniak als sekundäres Aerosol reduziert. Wir sprechen in dieser Studie von jährlich 75 000 Tonnen CO_2 -Äquivalent. Mit der anaeroben Vergärung von Biomasse und der Aufbereitung der Gärreste können wir nicht nur wertvolle Energie gewinnen, sondern mit dem anfallenden Recyclingdünger und einem optimierten Güllenmanagement in der Verwertung von Biogasanlagen den direkten und indirekten Treibhausgasausstoss in der Landwirtschaft ganz massgeblich reduzieren. Wir brauchen eigentlich keinen neuen Prüfauftrag. Ich verstehe die SVP, obwohl ihr die Studie wahrscheinlich nicht bekannt war. Es ist eigentlich klar, was zu tun ist. Ein sehr gutes Beispiel ist die Biogasanlage «SwissFarmerPower Inwil AG». Dort werden ungefähr 30 000 Tonnen Gülle pro Jahr verwertet. Die Recyclingdünger werden aufbereitet. Dazu ist Geld nötig, entweder mittels hohen Preisen für CO_2 -Zertifikate oder den 12 Millionen Franken, die unser Rat gesprochen hat. Das wäre eine gute Investition. Ich bin überzeugt, dass solche Massnahmen günstiger sind als irgendwelche NET-Technologien (Negativemissionstechnologien), die noch nicht zur Verfügung stehen. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu, obwohl es dieses Postulat eigentlich nicht braucht.

Sara Muff: Martin Birrer, Gülle lässt wachsen, manchmal auch die Algen im See. Wir alle wissen, dass der Kanton Luzern seit Jahrzehnten vor der gleichen Herausforderung steht: Viel Nährstoffe, viel Ammoniak und viel Phosphor. Das belastet unsere Böden, die Luft und insbesondere die Gewässer, die schon länger auf Beatmungsmassnahmen angewiesen sind. Auch die Fische geraten immer mehr unter Druck. Nur noch 21 Prozent der Fischarten in der Schweiz sind nicht gefährdet. Wir wissen auch, dass die bisherigen Massnahmen nicht reichen, um dem entgegenzuwirken. Deshalb kommt dieser Vorstoss ins Spiel. Das Postulat fordert nicht einfach nur neue Vorschriften, sondern Innovation. Die Nutzung von modernen Verfahren, mit denen der Hofdünger besser aufbereitet und eingesetzt werden kann. Ammoniak, Strippung, Separierung, Vakuumverdampfung, das sind keine Schlagwörter, sondern Technologien, die bereits eingesetzt werden. Damit kann der Stickstoff zurückgewonnen, der Mineraldünger ersetzt und Nährstoffverluste können reduziert werden. Solche Lösungen benötigen wir, wenn wir Kreisläufe wirklich schliessen wollen. Weshalb sollte ausgerechnet der Kanton Luzern warten, wenn sich Chancen eröffnen? Das Postulat verlangt nicht einen sofortigen Umbau, sondern es ist ein Prüfauftrag, wie die Innovation gezielt gefördert werden kann und wie die Betriebe unterstützt werden können, die bereit sind, neue Wege zu gehen. Das ist pragmatisch, lösungsorientiert und im Interesse aller, auch der Landwirtschaft, denn dort ist man auf gesunde Böden und sauberes Wasser angewiesen. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung klar zu.

Martin Wicki: Ich erinnere an die Diskussion der letzten zwei Sessionstage über das Budget und jetzt beginnen wir schon wieder damit, Geld auszugeben. Die Biogasanlagen sind zwar gut und selbstverständlich auch von Wert. Was aber sehr kritisch beurteilt werden muss sind die Transporte mit sehr schweren Traktoren und Druckfässern, wo auch die Vermischung

stattfindet. Wir diskutieren wahrscheinlich nächstens über Neophyten, die auch in diese Biogasanlagen gelangen und deren Samen danach im ganzen Kanton verteilt werden. Das ist auch nicht sehr sinnvoll. Man müsste vielleicht zuerst klären, was man will und was es alles braucht, damit das Ganze wirklich funktioniert. Ich glaube auch, dass es hier viele andere Möglichkeiten geben würde, beispielsweise mit Mikroorganismen usw. von denen die Bauern selbst profitieren und die Steigerung von 20 Prozent locker aufholen könnten. Eine ganzheitliche Betrachtung ist also angesagt. Deshalb ist das Postulat in dieser Form abzulehnen.

Urs Brücker: Besuchen Sie die Biogasanlage in Inwil, um zu sehen, wie die Nährstoffaufbereitung erfolgt. Mit den Druckfässern wird kein Wasser transportiert, sondern Konzentrat. Das Wasser geht in die ARA. Die Biogasanlagen haben die Neophyten mit der Stufe der Hygienisierung ebenfalls im Griff.

Fritz Gerber: Ich zweifle nicht am Postulat und dem guten Willen dahinter. Aber das Problem liegt im Detail. Wer das Gefühl hat, dass wir damit unser Hofdüngerproblem lösen können, ist auf dem Holzweg. Wir sprechen nicht von Biogasanlagen, sondern von Stickstoffstrippung, Vakuumverdampfung usw. Das sind hochkomplexe und sehr teure Technologien, die nur von wenigen angewendet werden können. Nichts gegen diese Technologien, die in Deutschland vereinzelt zum Einsatz kommen. Peter Briner in der Nähe von Aadorf hat die Ammoniakstrippung auch angeboten, ich weiss nicht, ob er es immer noch tut, auf seiner Homepage ist es jedenfalls nicht mehr aufgeführt. Ich glaube aber einfach nicht daran, dass die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) und die zuständigen Behörden die Forderung des Postulats so umsetzen, wie von Korintha Bärtsch gedacht. Jedes landwirtschaftliche Thema wurde von der Verwaltung für eine Extensivierung der Luzerner Landwirtschaft zurechtgebogen. Jedes Mal, wenn etwas bewegt werden sollte, wurde es mit einer Extensivierung verbunden. Im Gegensatz zu mir scheint Martin Birrer mehr Vertrauen in die Verwaltung zu haben. Vielleicht bin ich einfach realistisch, auch wenn ich hoffe, dass ich mich täusche. Ich bitte Sie, das gutgemeinte Postulat abzulehnen, weil das Resultat nie so sein wird, wie Sie es sich vorstellen. Wir leiten damit eine weitere Extensivierung der Luzerner Landwirtschaft ein, obwohl man das nicht will.

Sara Muff: Bezüglich der Kosten finde ich es wichtig, diese im Gesamtkontext zu sehen. Ich bin am Sempachersee aufgewachsen. Dort kommt die öffentliche Hand für die Seebelüftungsanlage und die jährlichen Betriebskosten auf. Für alle Folgekosten kommt im Moment die Allgemeinheit auf.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Hof- und Recyclingdünger besser zu verwerten und damit die Nährstoffeinträge in die Umwelt zu reduzieren ist ganz im Sinn unseres Rates und eigentlich auch Ihres Rates. Das haben Sie mehrmals mit Berichten oder Vorstössen verlangt. Das Anliegen hat einen wichtigen Stellenwert. Wir wollen im Kanton Luzern viel und gute Nahrungsmittel produzieren, aber wir wollen das zum Schutz der Umwelt möglichst sorgfältig tun. Deshalb braucht es Innovation. Innovation ist ein wichtiger Treiber für den Fortschritt und dass wir den Zielkonflikt von Produktion und Umweltschutz möglichst gut unter einen Hut bringen. Dafür braut es immer wieder Ideen die wir prüfen müssen, um vorwärtszukommen. Urs Brücker hat die technische Vorlesung bereits gehalten, ich konzentriere mich auf den politischen Teil. Aktuell sind die Möglichkeiten, wie sie das Postulat fordert, aufgrund der Studie des Bundes bekannt. Die Studie muss aber noch abgeschlossen und danach umgesetzt werden. Wir wollen abklären, ob das in der Praxis auch anwendbar ist. Wir konnten im Kanton Luzern Forschungsstationen von Agroscope ansiedeln und ziehen dabei auch die Landwirtschaft mit ein. Fritz Gerber, wir arbeiten immer mit dem

Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband zusammen. Bei der Biogasstrategie haben wir die Betreiber der Biogasanlage Inwil und weitere mit eingezogen. Wir arbeiten mit den entsprechenden Personen zusammen, und nicht im stillen Kämmerlein. Diesen Vorwurf kann ich zurückweisen. Wir tun das immer, denn am Schluss müssen die Bäuerinnen und Bauern das alles auch anwenden. Ich kann bestätigen, dass wir in einem guten Austausch mit dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband sind. Dieser engagiert sich auch für eine gute, umweltbewusste Produktion von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Postulat zustimmen, damit wir diesen Zielkonflikt zwischen Produktion und Umweltschutz mit Innovation angehen können.

Der Rat erklärt das Postulat mit 79 zu 26 Stimmen erheblich.